



Debakel mit Ansage

Von Thomas Holl

Was sich seit Tagen mit Beginn der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen an deutschen Flughäfen abspielt, ist ein Debakel mit Ansage. Kilometerlange Schlangen über Stunden wartender und entnervter Passagiere, tausende gestrichene Flüge und Kofferberge nicht eingeladener Gepäckstücke. Um das Chaos zu beseitigen oder wenigstens abzumildern, fehlt mitten in der Hauptferienzeit das notwendige Personal. Schendens Augen haben Fluggesellschaften, allen voran die sich selbst Premiummarke nennende Lufthansa, aber auch Flughafenbetreiber wie die Fraport, während der Pandemie im großen Stil Zehntausende Mitarbeiter teils mit Abfindungsprogrammen aus ihren Jobs gedrängt. Andere suchten sich bessere und vor allem besser bezahlte neue Arbeit in anderen Branchen. Offenbar hatte keiner der Verantwortlichen bei Lufthansa und Co. nach den für ihre Unternehmen desaströsen zwei Corona-Jahren damit gerechnet, dass Millionen Menschen wieder reisen wollen – und zwar in die Ferne.

Nun soll die Politik es wieder einmal richten und Unternehmen helfen, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Es reicht jedoch nicht aus, mit schnell bewilligten Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen Hilfskräfte aus dem Ausland etwa bei Sicherheitskontrollen einzusetzen. Bis diese eingearbeitet und selbst überprüft sind, ist die Feriensaison schon vorbei. Und die Urlaubsfreude bei vielen dahin.

Putschist Trump

Von Andreas Ross

Wäre es das Drehbuch einer der Fernsehserien rund um das Weiße Haus, man hielte die Folge für völlig überzogen. Der Präsident, der sich gegen seine Abwahl stemmt, ruft seine Anhänger hinter das Weiße Haus. Als er hört, dass viele bewaffnet sind, verlangt er den Abbau der Metalldetektoren – denn schließlich, so seine Logik, wollen sie nicht ihn töten, sondern seinen Vizepräsidenten. Denn der will die Verfassung nicht brechen – also „verdient“ er es, dass die Leute ihn hängen wollen. Der Secret Service fährt den Präsidenten nach der Kundgebung zurück ins gesicherte Weiße Haus, aber der vermeintliche „Führer der freien Welt“ will mit den Leuten auf das Kapitol marschieren, will den Putsch anführen. Der Präsident greift dem einen Leibwächter ins Lenkrad und geht dem anderen an die Gurgel. Der Mob stürmt das Kapitol, die Zertifizierung der Wahlergebnisse wird zunächst abgebrochen.

Das ist nicht Netflix, sondern offenbar echtes Leben, genauer: Trump im Januar 2021, bezeugt von einer engen Mitarbeiterin seines damaligen Stabschefs. Umso spannender die Frage, wie es weitergeht. Dass der Justizminister um die politische heikle Anklage des früheren Präsidenten herumkommt, ist immer unwahrscheinlicher. Was aber sagen die Republikaner, was tun die Wähler bei den Kongresswahlen im November? Lässt sich doch noch irgendetwas umstimmen? Bleiben Sie dran!

Was sagten Gorsuch und Kavanaugh?

Kurz nachdem der amerikanische Supreme Court das Grundsatzurteil „Roe v. Wade“ aufgehoben hatte, klagten zwei Senatoren, sie fühlten sich getäuscht. Die Entscheidung, mit der nach nahezu 50 Jahren das Verfassungsrecht auf „reproduktive Selbstbestimmung“ annulliert wurde, stimme nicht mit dem überein, was Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh in den Anhörungen vor ihrer Bestätigung als Verfassungsrichter durch den Senat und in den Vorgesprächen mit ihr gesagt hätten, sagte die Republikanerin Susan Collins. Der Demokrat Joe Manchin äußerte: Er habe Gorsuch und Kavanaugh vertraut, als sie unter Eid ausgesagt hätten, dass „Roe v. Wade“ geregeltes Präzedenzrecht sei.

Alexandria Ocasio-Cortez, eine der linken Frontfrauen der Demokraten im Repräsentantenhaus, ging noch weiter: Sie glaube, dass ein Meineid ein Delikt sei, das zu einem Amtsenthebungsverfahren führen müsse. Nun ist nicht bekannt, was die beiden konservativen Richterandidaten, die von Donald Trump nominiert worden waren, in ihren vertraulichen Gesprächen mit den Senatoren tatsächlich gesagt haben. Dokumentiert sind aber ihre Aussagen vor dem Justizausschuss. Anders als Amy Coney Barrett, Trumps dritte Richterandidatin, äußerten sich die beiden nicht eindeutig. Coney Barrett sprach 2020 von sogenannten Superpräzedenzfällen: Es gebe Fälle, die seien so klar entschieden, dass kein politischer Akteur sich ernsthaft daran mache, sie aufheben zu lassen. Da man ihr aber in der Anhörung viele Fragen zu „Roe v. Wade“ stelle, fuhr die Professorin fort, zeige dies, dass der Fall von 1973 nicht in diese Kategorie falle – anders als etwa „Brown v. Board of Education“, mit dem 1954 die Rassentrennung an Schulen aufgehoben worden war.

Gorsuch sagte seinerzeit lediglich, „Roe v. Wade“ sei ein Präzedenzfall. Ein guter Richter werde dies berücksichtigen. Wenn er, Gorsuch, aber nun mitteile, was seine bevorzugten und weniger bevorzugten Präzedenzfälle seien, würde er potentiellen Prozessparteien suggerieren, er habe schon eine Entscheidung über ihren Fall getroffen. Er hielt sich damit an eine gold-

Zwei Senatoren fühlen sich von Verfassungsrichtern getäuscht

Von Majid Sattar, Washington

dene Regel, die einst die 2020 verstorbene Verfassungsrichterin Ruth Bader Ginsburg aufgestellt hatte: Ein Richter, der unparteiisch urteilen soll, könne keine Vorhersagen machen und Hinweise geben. Es würde andernfalls nicht nur bedeuten, dass er die spezifischen Umstände eines Falles nicht berücksichtige, es wäre auch eine Missachtung des gesamten Justizverfahrens.

Kavanaugh wiederum äußerte in seiner Anhörung, „Roe v. Wade“ sei ein wichtiger Präzedenzfall, der 1992 im Fall „Planned Parenthood v. Casey“ zudem bestätigt worden sei. Sodann: Dieser doppelte Präzedenzfall sei recht wichtig im Hinblick auf die Bindewirkung von Präzedenzfällen im angelsächsischen Common Law. Kavaughns Bemerkung ist gewiss die am weitesten gehende der drei von Trump nomi-

nierten Richter, welche die konservative Mehrheit im Supreme Court sicherten. Womöglich veranlassten ihn die Vorwürfe sexueller Nötigung in einem Jahrzehnte zurückliegenden Fall, es mit der goldenen Regel nicht so genau zu nehmen. Ein klares Bekenntnis zu „Roe v. Wade“ war aber auch seine Aussage nicht.

Ist es wahrscheinlich, dass die beiden Richterandidaten in den vertraulichen Gesprächen weiter gegangen sind? Oder wollten die beiden Senatoren nur hören, was sie hören mussten, um ihre spätere Zustimmung für die Kandidaten zu rechtfertigen? Die moderate Republikanerin Collins brauchte für ihre Wiederwahl 2020 im umkämpften Maine die Stimmen der Frauen. Auch Manchin, prominentester Vertreter der Parteirechten innerhalb der



Täuscher? Neil Gorsuch (links) und Brett Kavanaugh

Foto AP

Fremde Federn: Daniel S. Hamilton

Zeit für transatlantische Technologieallianz

In dieser Woche treffen Präsident Joe Biden und die europäischen Staats- und Regierungschefs zu einer Reihe von Gipfeltreffen zusammen, um ihre bemerkenswerte Einigkeit gegenüber den unablässigen Aggressionen des russischen Präsidenten Wladimir Putin Nachdruck zu verleihen. Dabei erörtern sie auch die Eindämmung von steigenden Kraftstoffpreisen sowie die Befreiung der Europäer aus ihrer Abhängigkeit von Russland mithilfe der Energiewende.

Am besten lassen sich diese Probleme angehen, indem Innovationen im Energiesektor in den Mittelpunkt der Partnerschaft gestellt werden. Es gilt das vor einem Jahr gegebene Versprechen einzulösen, saubere Technologien zu priorisieren. Hierzu sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dass die Allianz fortan auch „bahnbrechende Technologien und erstaunliche Innovationen“ ermöglichen werde, „um wettbewerbsfähig zu bleiben“.

Zwölf Monate später ist trotz des enormen Potentials – und der Dringlichkeit – einer solchen Initiative wenig geschehen. Die Zeit ist reif für TACTA: eine Transatlantic Clean Technology Alliance.

Das Thema Energie ist für die transatlantische Partnerschaft bereits zu einem entscheidenden Faktor geworden. Die USA sind nicht nur zum größ-

ten Versorger von Flüssigerdgas (LNG) in Europa aufgestiegen; seit Februar übertreffen diese sogar russische Pipelinelieferungen. Fernerhin sind US-Unternehmen zu einer treibenden Kraft für die europäische Energiewende geworden: Auf sie entfällt mehr als die Hälfte aller langfristigen Kaufverträge für erneuerbare Energien, die seit 2007 in Europa unterzeichnet wurden.

Dennoch fließen Gewinne nicht nur in eine Richtung: Europäische Unternehmen, allen voran deutsche, sind die größten ausländischen Investoren in der amerikanischen Energiewirtschaft. Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks führen die globale Transformation hin zu CleanTech an. Dabei ist das Potential beachtlich: Laut der Internationalen Energieagentur wird der weltweite Markt für saubere Technologien den Wert des Ölmarktes bis 2030 übertreffen und von 122 Milliarden Dollar auf 870 Milliarden Dollar anwachsen.

Erneuerbare Energien werden bis 2025 zwei Drittel der russischen Gasimporte ersetzen können. Technologien, die zur Halbierung der weltweiten Emissionen bis 2030 erforderlich sind, existieren sogar bereits. Die unmittelbare Herausforderung besteht darin, diese Technologien flächendeckend einzuführen. Andere wichtige Technologien sind währenddessen zu teuer, um mit fossilen Brennstoffen zu konkurrieren.

Dabei begrenzt die schwache Nachfrage das Marktpotential, sodass Innovation und Vermarktung erschwert werden. Die Herausforderung besteht vielmehr darin, vielversprechende Technologien so zu fördern, dass sie zeitnah erschwinglich, zugänglich und attraktiv werden. Hierfür müssen die Regierungen marktwirtschaftliche Anreize setzen. Bislang tun sie das nicht.

TACTA kann in vielerlei Hinsicht bahnbrechend sein. Zuerst gilt es die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen zu fördern, um den Ausbau und die Kommerzialisierung vielversprechender Technologien zu beschleunigen. Zu diesen gehören Langzeit-Energiespeicherung, grüner Stahl, nachhaltige Flugkraftstoffe, Lebensmittelabfalltechnologien, nachhaltige Landwirtschaft, Windenergie und Direct Air Capture. Die EU und USA können Genehmigungsverfahren straffen und standardisieren und Maßnahmen ergreifen, welche die Nachfrage nach Innovationen steigern. Und sie können dazu beitragen, dass Kapital in Sektoren und Technologien mit ungenutztem Klimapotential umgeleitet wird.

Zweitens können sie öffentlich-private Partnerschaften in der vorwettbewerblichen Forschung und Entwicklung für eine Reihe an sauberen Technologien wie Batterien der nächsten Generation, grünen Wasserstoff und CO₂-

neutralen Gebäude fördern. In Europa und den USA beliefen sich die staatlichen Budgets für Energieforschung, -entwicklung und -demonstration 2019 auf 17 Milliarden Dollar – etwa doppelt so viel wie in China.

Allerdings hängen Tempo und Ausmaß, in dem saubere Technologien angenommen und eingesetzt werden können, von der Akzeptanz und dem Verständnis der Schlüsselnutzer ab. Dies ist ein dritter wichtiger Bereich für TACTA: die Unterstützung von Beteiligten im Austausch bewährter Praktiken, beim Verstehen von CleanTech und bei der Erkundung gesellschaftlicher Fragen im Zusammenhang mit der Übernahme solcher Technologien.

Letztendlich müssen die EU und die USA saubere Technologien den Vorrang geben, welche die ohnehin schon gefährliche Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen aus China und von anderen unzuverlässigen Lieferanten verringern, anstatt sie noch zu verschärfen. Solche Bemühungen könnten schneller, nachhaltiger und kostengünstiger sein, wenn Europa und die Vereinigten Staaten zusammenarbeiten. Die Zeit des Handelns ist gekommen.

Der Autor ist Non-Resident Senior Fellow an der Brooks Institution, Senior Fellow an der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University und Präsident des Transatlantic Leadership Network.



Nathanael LIMINSKI

Foto dpa

Hochgelobter Politikmanager

Von den Mitgliedern seines neuen Kabinetts bedachte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) bei der öffentlichen Vorstellung am Mittwoch eines mit besonders großem Lob: Nathanael Liminski. Niemandem müsse er erklären, warum Liminski Chef der Staatskanzlei bleibe. Seit fünf Jahren manage der Parteifreund die Regierung des größten deutschen Bundeslandes geräuschlos. „Er ist schlicht der Beste für diese Aufgabe“, sagte Wüst.

Der am 19. September 1985 in Bonn geborene Liminski zählte zu den Architekten des selbst für viele in der CDU überraschenden Aufstiegs von Armin Laschet. Der damalige nordrhein-westfälische Oppositionsführer holte Liminski 2014 nach einigem Werben von Berlin nach Düsseldorf, machte den erst 28 Jahre alten Mann zum Geschäftsführer der CDU-Fraktion. In der Bundeshauptstadt hatte Liminski da gerade mit einer beeindruckenden Karriere begonnen; zuletzt arbeitete er im Büro von Minister Thomas de Maizière. In Düsseldorf erwies sich Liminski rasch als ideale Ergänzung für Laschet. Souverän organisierte er die Fraktionsarbeit, identifizierte zugleich die Themen, mit denen sein Chef sich dann im Landtagswahlkampf 2017 erfolgreich profilieren konnte.

Nach seinem Sieg macht Laschet Liminski zum Chef der Staatskanzlei im Staatssekretärsrang. Gab es gegen den jungen Mann, der in Bonn Geschichte und Politik studierte, im Apparat anfangs Vorbehalte, weil er keine Erfahrung mit der Steuerung großer Verwaltungen hatte, zollte man ihm nicht nur in Kabinetts-, sondern selbst in Oppositionskreisen rasch Respekt. Für Laschet sondierte, analysierte und strukturierte Liminski die Gemengelage stets mit Geschick, fungierte für den eher liberalen Ministerpräsidenten zudem als Counterpart, weil er selbst dezidiert konservativ ist.

Eben deshalb gibt es an der grünen Basis – wo sonst für jede Minderheit Toleranz eingefordert wird – Vorbehalte gegen Liminski. Auch auf dem grünen Parteitag am Wochenende beschwor ein Redner wieder das schauerlich-angenehme Feindbild vom schulfenfeindlichen Erzkatholiken Liminski. Doch Liminski, der nach der Wahl Joseph Ratzingers zum Papst einst die Jugendinitiative „Generation Benedikt“ gründete, hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen fünf Jahren nicht heimlich zum Gottesstaat nach Ratzingers Recht umgemodelt, sondern ganz im Gegenteil die liberale Laschet-Agenda umgesetzt – unter anderem auch als Koordinator für die Queer-Politik der Landesregierung.

Laschets Nachfolger Wüst hat Liminski nun zum Minister befördert. Er ist jetzt auch für die Bundes- und Europaangelegenheiten zuständig und wie schon bisher als Staatssekretär auch für das in Nordrhein-Westfalen ebenfalls bedeutsame Ressort Medienpolitik.

REINER BURGER

Wie meistern wir den digitalen Wandel?

GLEICHZEITIG,
GEMEINSAM,
JETZT



Ist Deutschland angesichts der rasanten Weiterentwicklung von neuen Technologien und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen wirklich ein digitales Schlusslicht? Gefühlt bleibt keine Zeit mehr, um über diese und viele weitere Fragen nur unverbindlich nachzudenken. Angelika Gifford, Vice President EMEA bei Meta, hat 21 Vordenker:innen der deutschen Wirtschaft dazu eingeladen, Einblicke in die digitalen Maschinenräume ihrer Unternehmen und Branchen zu geben und sich der Frage anzunehmen, wie Deutschland dieses Jahrzehnt zu einer digitalen Dekade machen kann.

Angelika Gifford (Hrsg.)
DIE DIGITALE DEKADE
232 Seiten • 18,00 Euro
ISBN 978-3-96251-130-2

